



Nr. 1

5. Januar 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Investitions- und Innovationsstau

[Öffentlicher Dienst: dbb erwartet erhebliche Leistungseinschränkungen](#)

dbb jugend

[Gespräch mit den Julis: „Wir brauchen einen Staat, der hinter uns steht!“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Gewalt gegen öffentlichen Dienst: „Erleben eine dramatische Eskalation der Lage“](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Mehr Befugnisse und bessere Technik für die Polizei gefordert](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Schulen brauchen Unterstützung für Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[SWEG: Erneut Streik – Ende noch offen](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Angriffe auf demokratisches Staatswesen müssen geahndet werden](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Investitions- und Innovationsstau Öffentlicher Dienst: dbb erwartet erhebliche Leistungseinschränkungen

„Der Staat ist am Limit“: Wegen des dramatischen Personalmangels und Innovationsstaus im öffentlichen Dienst erwartet der dbb erhebliche Einschränkungen in der Daseinsvorsorge.

„Niemand sollte mit Blick auf die fünf Millionen-Marke, die der öffentliche Dienst mit seinen Beschäftigten im letzten Jahr erstmals seit mehr als zwei Jahrzehnten wieder erreicht hat, dem Irrglauben verfallen, es sei ausreichend Personal für die Leistungen der Daseinsvorsorge vorhanden“, warnte dbb Chef Ulrich Silberbach am 29. Dezember 2022 in Berlin anlässlich der Veröffentlichung des „dbb Monitor Öffentlicher Dienst 2023“. Die Statistik-Dokumentation bietet jährlich ausführliche Zahlen, Daten und Fakten rund um den Öffentlichen Dienst.

„Der Staat ist am Limit – trotz seiner insgesamt 5.095.580 Beschäftigten. Denn uns fehlen bundesweit weiterhin mehr als 360.000 Kolleginnen und Kollegen, um die uns von der Politik übertragenen Aufgaben der Daseinsvorsorge adäquat ausführen und leisten zu können“, machte der dbb Bundesvorsitzende deutlich und forderte, „dass die politische Verantwortung Tragenden endlich den Fuß von der Bremse nehmen und in den öffentlichen Dienst investieren, oder den Menschen reinen Wein einschenken: Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich in naher Zukunft auf weitere erhebliche Einschränkungen bei den Bürgerdiensten und in weiteren Bereichen der Daseinsvorsorge einstellen, wenn wir keine Kehrtwende in der Personal- und Finanzpolitik hinkriegen.“ Das hieße beispielsweise „noch mehr Betreuungs- und Unterrichtsausfälle, Verzögerungen bei der Bearbeitung von Leistungsbescheiden und Verwaltungsdienstleistungen, weiterhin Engpässe in der Notfall- und Gesundheitsversorgung, kürzere Öffnungszeiten und weniger Präsenz von Behörden und öffentlichen Einrichtungen, auch im Bereich der Sicherheit, und so weiter und so fort. Die Menschen werden das tagtäglich spüren und mit noch weniger Vertrauen in die Funktionsfähigkeit ihres Staates quittieren“, warnte Silberbach.

Der dbb Bundesvorsitzende betonte: „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben insbesondere in den vergangenen Pandemie-jahren und darüber hinaus bis zum heutigen Tag dauerhaft unter Beweis gestellt, dass sie extrem effizient sind.“ Diese Tatsache belege nicht zuletzt auch der Vergleich auf europäischer Ebene. Danach erbringt der deutsche Staatsdienst seine Leistungen mit dem geringsten Beschäftigtenanteil an der Gesamtbeschäftigung. „In Schweden und Dänemark arbeiten gemessen an der Gesamtbeschäftigung fast dreimal so viele Menschen im öffentlichen Dienst wie in Deutschland, wo rund zehn Prozent aller Beschäftigten die Daseinsvorsorge für rund 85 Millionen Bürgerinnen und Bürger stemmen. Dabei sind die Einwohnerzahlen in Schweden und Dänemark mit rund 10,5 und 5,9 Millionen viel geringer als hier. Das mag zwar die Finanzminister des Bundes und der Länder freuen. Ein derartiges Preis-Leistungsniveau lässt sich auf Dauer aber nicht ohne Investitionen in Ausstattung und vor allem in qualifiziertes Personal aufrechterhalten. Nur so können wir vermeiden, dass die Beschäftigten zu Opfern ihres Workloads werden und in Anbetracht dessen auch niemand mehr im öffentlichen Dienst, im Dienst des Allgemeinwohls, arbeiten will“, so Silberbach.

„Fachkräftebedarf, demografische Entwicklung, Krisenresilienz und Aufgabenzuwachs sind Herausforderungen, für die Politik, Dienst- und Arbeitgebende bisher keine oder nur unzureichenden Lösungen liefern.“ Auch die Digitalisierung der Verwaltung komme „einfach nicht aus den Startblöcken“, kritisierte der dbb Chef, „und das liegt nicht an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sondern am politischen Kompetenzchaos. Deutschland ist weiterhin eine Offline-Republik, und niemandem schmerzt das mehr als die Kolleginnen und Kollegen, die dringend technische Lösungen bräuchten, damit sie ihre Arbeit zeitgemäß, bürgernah und bürgerfreundlich leisten können.“

dbb jugend

Gespräch mit den Julis: „Wir brauchen einen Staat, der hinter uns steht!“

Franziska Brandmann, die gerade wiedergewählte Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, hat sich am 4. Januar 2023 mit der der dbb jugend ausgetauscht.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand insbesondere die Fortführung der engen Zusammenarbeit zwischen Jungen Liberalen und dbb jugend. „Gerade im Bereich der Digitalisierung, Sicherheit sowie bei den Ideen für einen modernen Staat finden sich viele Schnittstellen zwischen unseren Verbänden. Wenn unser Staat – gerade in Zeiten des Fachkräftemangels – handlungsfähig bleiben soll, brauchen wir politische Partner, die anpacken – und die Kolleginnen und Kollegen der Jungen Liberalen haben sich immer als genau solche erwiesen. Deshalb freut es mich umso mehr, dass wir heute bereits einige Ideen für eine konkrete Zusammenarbeit entwickeln konnten“, sagte der dbb jugend Vorsitzende Matthäus Fandrewski.

Auch die erschreckenden Ereignisse in der Silvesternacht waren ein Thema des Austausches. „Die Angriffe auf unsere Kolleginnen und Kollegen sind Ergebnis eines Trends, der uns schon lange bekannt ist. Wer im öffentlichen Dienst arbeitet, ist an vielen Stellen bereits seit Jahren zunehmend Drohungen bis hin zu Gewalt ausgesetzt. Und zwar in allen Bereichen des staatlichen Handelns“, stellte die stellvertretende Bundesjugendleiterin Daria Abramov fest, die ebenfalls am Gespräch teilnahm. „Wir waren uns einig: Solch kriminelles Verhalten, wie wir es in der Silvesternacht gesehen haben, darf der Staat nicht zulassen. Deshalb haben wir Franziska Brandmann auch nochmal unsere Forderungen nach besserer Ausrüstung, konsequenter Strafverfolgung und einer besseren Personalausstattung verdeutlicht.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Gewalt gegen öffentlichen Dienst: „Erleben eine dramatische Eskalation der Lage“

Jedes Jahr zu Silvester gibt es blinde Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, erkennt hier eine gefährliche Tendenz: „Übergriffe gegen Feuerwehr, Polizei und Rettungskräfte scheinen inzwischen ‚Eventcharakter‘ zu besitzen.“

Schon seit Jahren fordere der DBB NRW Maßnahmen zur Verhinderung solcher Straftaten. „Geschehen ist nichts. Als logische Konsequenz erleben wir nun eine dramatische Eskalation der Lage“, erklärte Staude am 2. Januar 2023.

Deshalb sei es jetzt zwingend erforderlich, ergebnisoffen über Böllerverbotzonen und kontrollierten Pyroverkauf nachzudenken. Erschreckend sei überdies, dass vermehrt Schreckschusswaffen auf die Einsatzkräfte abgefeuert worden seien. Der DBB NRW fordere deshalb deutliche Hürden beim Erwerb des kleinen Waffenscheins, insbesondere die Verpflichtung zu einem Sachkundenachweis. Wenn es um die körperliche Unversehrtheit geht, so Staude, dürfe es keine Denkverbote geben.

Aufgrund der vielfältigen Zuständigkeiten fordert der DBB NRW eine Sicherheitskonferenz unter Beteiligung des Bundes, der Länder und der Kommunen. Staude: „Wir müssen nun schnell zu Ergebnissen kommen, deshalb ist eine enge Verzahnung aller verantwortlichen Kräfte nötig. Die Kolleginnen und Kollegen, die sich täglich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, haben ganz einfach das Recht, dass auch sie ihren Beruf in Sicherheit ausüben können.“ Statt Sonntagsreden sei nun Handeln gefordert: Staude: „Die nächste Großveranstaltung mit Gefahrenpotenzial lässt nicht auf sich warten – sei es in den Fußballstadien oder zum Beispiel auf den anstehenden Mai-Kundgebungen.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Mehr Befugnisse und bessere Technik für die Polizei gefordert

Nach den Ausschreitungen in der Silvesternacht, bei denen Polizei und Feuerwehr gezielt angegriffen wurden, fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft mehr Befugnisse für die Polizei und Rückendeckung von der Politik.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der DPoIG und des dbb Heiko Teggatz sagte am 4. Januar 2023 im Interview mit dem Fernsehsender „Sat1“: „Mit der notwendigen Härte und den nötigen Rechtsgrundlagen, wie dem Unterbindungsgewahrsam, muss die Polizei endlich in allen Bundesländern ausgestattet werden.“

Allein mit Reizgas werde die Polizei in solchen Einsatzlagen nicht viel ausrichten können. „Im Notfall muss die Polizei auch Gummigeschosse und Drohnen zur Aufklärung von oben einsetzen können. Ebenso ist es unabdingbar, die Herkunft der Chaoten klar zu benennen“, so Teggatz.

Deutscher Philologenverband (DPHV)

Schulen brauchen Unterstützung für Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine

Knapp 90 Prozent der Gymnasien haben Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine aufgenommen. Lehrkräfte, die in diesem Zusammenhang zusätzliche Aufgaben übernommen haben, erhalten aber in knapp 80 Prozent der Fälle keine Entlastungen. Das geht aus einer deutschlandweiten Umfrage des DPhV in Zusammenarbeit mit der Bundesdirektorenkonferenz unter mehr als 350 Schulleiterinnen und -leitern hervor.

35 Prozent der befragten Schulleiterinnen und -leiter gaben an, dass bis zu 20 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine jeweils an ihren Schulen unterrichtet werden. Knapp 60 Prozent der Schulleitungen erklärten aber, dass es an ihrer Schule keine Vorbereitungsklassen für Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse gibt. Über 60 Prozent der Schulleitungen sagten außerdem, dass die Schülerinnen und Schüler nicht ihren Fähigkeiten entsprechend den Schularten zugeordnet wurden. In 50 Prozent der Fälle wurden keine zusätzlichen Kräfte an den Schulen für den Unterricht eingestellt. Mehr als 80 Prozent der Schulleitungen gaben an, dass an ihren Häusern kein zusätzliches Personal zur Betreuung eingestellt worden sei. Knapp 20 Prozent der befragten Schulleitungen gaben an, dass bei ihnen Teilzeitlehrkräfte ihr Stundendeputat erhöht haben, um ukrainische Schülerinnen und Schüler zu beschulen. 30 Prozent erklärten, dass an ihren Schulen ukrainische Lehrkräfte eingestellt wurden, um ukrainische Geflüchtete zu beschulen.

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands: „Konkret brauchen

wir hier gerade auch für die ukrainischen Lehrkräfte mehr zusätzliche Deutschkurse, damit sie uns in den Schulen besser unterstützen können. Sie müssen anschließend an Standards orientiert zumindest stundenweise unbürokratischer in unseren Schulen beschäftigt werden können.“

Arnd Niedermöller, Vorsitzender der Bundesdirektorenkonferenz Gymnasien: „Die Schulen haben Herausragendes geleistet. In einem so komplizierten Schulsystem haben wir es geschafft, dass sehr unkompliziert Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine aufgenommen werden konnten. Was wir aber dringend brauchen, ist eine schnellere Ressourcenbereitstellung. Wir können nicht anderthalb Jahre warten, bis die neuen Schülerzahlen in der Statistik auftauchen und wir mehr Lehrkräfte einstellen können.“

Die Umfrage wurde im November/Dezember 2022 unter insgesamt 356 Schulleitungen in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland online durchgeführt.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) **SWEG: Erneut Streik – Ende noch offen**

Die GDL musste bereits zum 15. Mal alle Lokomotivführer, Zugbegleiter, Werkstattmitarbeiter, Ausbilder, Mitarbeiter des SWEG-Kundencenters und Disponenten der SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-GmbH (SWEG) sowie der SWEG Bahn Stuttgart GmbH (SBS) zu einem Erzwinnungsstreik ab dem 4. Januar 2023 aufrufen. Das Ende der Arbeitskampfmaßnahme war bei Reaktionschluss noch nicht abzusehen.

Seit fünf Monaten müsse die GDL diesen aus ihrer Sicht unnötigen Arbeitskampf führen. Aufgrund der Verweigerungshaltung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates sei auch weiterhin kein Ende in Sicht. „Wir streiken nicht gegen die Fahrgäste! Viel lieber würden wir mit der Ausübung unserer ehrenwerten Berufe unseren Beitrag zur Verkehrswende leisten“, stellte GDL Chef und dbb Vize Claus Weselsky klar. Dies werde den GDL-Mitgliedern allerdings aufgrund der unveränderten Trotzhaltung der SWEG und SBS verwehrt. Der Arbeitgeber trete – unter Billigung der Landesregierung – die Grundrechte der Beschäftigten mit Füßen. „Wenn wir für unsere Mitglieder einen Tarifvertrag erkämpfen, dann stehen wir auf den Grundfesten unserer Verfassung. Das ist weder verhandel- noch schlichtbar“, so Weselsky im Hinblick auf die ersten Stimmen aus dem politischen Bereich, die eine Schlichtung im Tarifkonflikt fordern.

Es helfe auch nichts, wenn sich der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer mit despektierlichen Äußerungen in sozialen Netzwerken gegenüber den streikenden Eisenbahnerinnen und Eisenbahnern äußert. Vielmehr solle er einen klaren Appell an die Verantwortlichen richten. „Es sind nicht die GDL-Mitglieder bei der SWEG und SBS, die für den desolaten Zustand des Eisenbahnverkehrs verantwortlich sind. Falsch getroffene politische Entscheidungen haben dafür gesorgt, dass wir in Deutschland flächendeckend eine marode Schieneninfrastruktur und defekte Züge vorfinden, die es unseren Kolleginnen und Kollegen unmöglich machen, einen zufriedenstellenden Eisenbahnverkehr zu garantieren“, sagte Weselsky. Mit der Duldung der arbeitgeberseitigen Handlungen gegen die GDL und deren Mitglieder verschärft das Land Baden-Württemberg als Eigentümer der SWEG unnötig die derzeitige Situation und erweist damit in erster Linie den Fahrgästen und der Verkehrswende einen Bärendienst.

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) **Angriffe auf demokratisches Staatswesen müssen geahndet werden**

„Wer Rettungskräfte, Polizistinnen und Polizisten, Verwaltungsbeamte oder Lehrkräfte bewusst attackiert, begeht eine Straftat und greift unser demokratisches Staatswesen direkt an. Das ist durch nichts zu entschuldigen und muss mit der vollen Härte des Rechtsstaates geahndet werden“, sagte der VDR Bundesvorsitzende Jürgen Böhm angesichts der aktuellen Diskussionen um Ausschreitungen in der Silvesternacht.

Es sei keine Zeit für Interpretationen oder Schuldzuweisungen, sagte Böhm am 5. Januar 2023. Die Fakten belegten, dass die Angriffe auf die staatliche Infrastruktur und die Beschäftigten zunähmen und das müsse mit aller Konsequenz eines demokratischen Staates unterbunden und geahndet werden. Zu lange sei falsche Rücksichten genommen und teilweise die Opfer der Angriffe, die ihren wertvollen Dienst an der Gesellschaft ausübten, zu Tätern stilisiert worden. Über Jahre hinweg sei in Brennpunktbereichen weggeschaut, vertuscht oder schöngeredet worden – auf dem Rücken

der Beschäftigten, die die öffentliche Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Verwaltung unter schwierigsten Bedingungen sicherstellen.

„Gerade auch in den Schulen und Bildungseinrichtungen fehlen oft klare Regelungen, die Rückendeckung der politisch Verantwortlichen oder das konsequente Handeln nach diesen Angriffen. Es geht um die Akzeptanz der Grundlagen, der Regeln unserer Gesellschaft. In einem demokratischen und freiheitlichen Staatswesen kann es kein Sonderrechtssystem

tem oder Raum für Interpretationen des geltenden Rechts für Minderheiten oder einzelne

Gruppen geben – unabhängig von der Herkunft, der Religionszugehörigkeit oder dem sozialen Status ist“, betonte Böhm.

Namen und Nachrichten

Entlastung und Anerkennung: Gleich zwei neue Tarifverträge hat der **dbb** und für das nichtärztliche Personal an den sechs Unikliniken in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht. „Wir haben eine neue Tarifpartnerschaft begründet“, sagte dbb Tarifchef Volker Geyer am 28. Dezember 2022. „Der Tarifvertrag Entlastung und der Anerkennungstarifvertrag gehören zwingend zusammen. Ersterer berücksichtigt die konkreten Belastungen in den Unikliniken, Letzterer stellt sicher, dass alle bisherigen Arbeits- und Entgeltbedingungen langfristig gesichert sind.“ Um einen eigenen Tarifvertrag Entlastung verhandeln zu können, waren die sechs Unikliniken in Nordrhein-Westfalen aus dem Arbeitgeberverband des Landes Nordrhein-Westfalen (AdL NRW) aus- und dem neu gegründeten Arbeitgeberverband der Universitätskliniken Nordrhein-Westfalen (AdUK NRW) beigetreten. Der neue Verband

wird zukünftig die gemeinsamen Angelegenheiten der Unikliniken auf tarif-, arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Ebene für das nichtärztliche Personal unter anderem gegenüber den Gewerkschaften vertreten. Das erste Treffen zwischen dem dbb, handelnd für seine Fachgewerkschaft vdlA, und dem AdUK NRW hatte am 7. Dezember 2022 stattgefunden, nun stehen der neue Tarifvertrag Entlastung (TV-E) und der Anerkennungstarifvertrag bereits. „Jetzt geht es darum, den Tarifvertrag Entlastung auch zu leben“, unterstrich dbb Vize Volker Geyer. „Ich setze auf eine intensive Tarifpartnerschaft mit dem AdUK NRW. Aus meiner Sicht ist der TV-Entlastung nur ein Einstieg. Zukunftsfeste Unikliniken werden in den nächsten Jahren noch viel in ihr Fachpersonal investieren müssen.“ Weitere Informationen gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Termine:

9./10. Januar 2023, Köln

dbb Jahrestagung 2023

Weitere Informationen:

<https://www.dbb.de/veranstaltungen/dbb-jahrestagung/dbb-jahrestagung-2023.html>

24. Januar 2023,

1. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen folgen.

22. - 23. Februar 2023,

2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen folgen.

28. - 30. März 2023,

3. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen folgen.